

25.11.2014

Neudruck

Antrag

der Fraktion der SPD

Einrichtung einer Enquetekommission „Zukunft der Familienpolitik in Nordrhein-Westfalen“

Familie ist heute vielfältig. Zwar bilden weiterhin Paare mit Kindern die am häufigsten gewählte Familienform, deren Anteil gegenüber Alleinerziehenden, Patchworkfamilien und anderen Formen sinkt aber stetig. Gleichzeitig steigt der ökonomische Druck auf Erwachsene beiderlei Geschlechts, zum Familieneinkommen einen nennenswerten Beitrag zu leisten. Kinder und Jugendliche erleben ebenfalls eine Ökonomisierung ihrer Lebenswelten, die Freiräume werden immer enger. Neben vielen anderen Faktoren reduzieren bildungspolitische Maßnahmen wie Ganztagsunterricht, Verkürzungen von Schul-, Ausbildungs- und Studienzeiten die frei gestaltbaren Phasen ihres Lebens. Die selbstbestimmten Zeiten schrumpfen und damit reduzieren sich unvermeidlich auch diejenigen Zeiten, an denen Familie „stattfinden“ kann. Dabei ist die Interaktion zwischen Kindern und Eltern zentral für gelingendes Aufwachsen. Das beginnt mit einer sicheren Bindung der Kinder in den ersten Lebensmonaten und setzt sich über eine gute Interaktion und empathische Zuwendung bis in die Phase der Verselbstständigung der Kinder fort. Selbst bei der Berufswahl sind die Eltern nach wie vor die wichtigsten Begleiter ihrer Kinder. Dazu brauchen Familien Zeit.

Familien erleben außerdem einen wachsenden Zeitstress bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Die Wirtschaft reagiert auf die unterschiedliche Lebenssituation der Eltern, die nunmehr zunehmend beide berufstätig sind, immer noch unzureichend und reflektiert zu wenig, dass durch die gängigen Arbeitszeit- und Mobilitätsanforderungen das Zeitbudget für Familien immer weiter verknappt wird. Ansätze der Wirtschaft für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie gibt es, sie sind aber nicht Standard. Außerdem bedarf es einer gesellschaftspolitischen Debatte, die eine Stärkung aktiver Vaterschaft zum Ziel haben muss, damit das von den Familien gewünschte partnerschaftliche Lebensmodell auch verwirklicht werden kann.

Trotz vieler Maßnahmen, die unter der Überschrift „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ im vergangenen Jahrzehnt von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft ergriffen wurden, sehen sich Familien einem steigenden Druck ausgesetzt, bestimmte Le-

Datum des Originals: 25.11.2014/Ausgegeben: 27.11.2014 (25.11.2014)

bensmodelle zu verwirklichen, die nicht unbedingt ihren eigenen Vorstellungen entsprechen. Familie muss in diesen Modellen funktionieren, sich weiterhin den gegebenen Rahmenbedingungen anpassen.

Dieses Phänomen ist mittlerweile erkannt und vielfach beschrieben. Im achten Familienbericht wurde daher 2012 eine „Familienzeitpolitik“ gefordert. Bei dieser handele es sich „um ein neues Politikfeld, das verschiedene grundsätzliche Handlungsfelder beinhaltet, unterschiedliche Akteure adressiert und eine sehr differenzierte Instrumentenebene aufweist.“ Folgerichtig hat die Expertenkommission empfohlen, die Wahlfreiheit der Lebensführung der Menschen durch möglichst passgenaue und bedarfsgerecht gestaltete Zeitstrukturen öffentlicher Institutionen zu erhöhen.

Auch der Landtag von Nordrhein-Westfalen befasste sich im Rahmen der Enquete-Kommission „Chancen für Kinder“ mit der Frage der familiären Umfelders. Ein ganzes Bündel von Empfehlungen der Kommission fand sich unter der Überschrift „Familie lebbar machen“ – ein deutlicher Hinweis darauf, dass das Funktionieren von Familie heute keineswegs unterstellt werden kann. Vielmehr bedarf es vieler Rahmenbedingungen, die dafür die Voraussetzung bilden. Unter anderem empfahl die Enquete-Kommission dem Parlament im fraktionsübergreifenden Konsens,

- die Öffnungszeiten von Kitas und Schulen den Bedarfen der Familien anzupassen,
- familienbewusste Personalpolitik zu fördern und dabei die besondere Vorbildfunktion des Landes als Arbeitgeber zu betonen,
- die Versorgung mit Plätzen für Kinder unter drei Jahren zu verbessern,
- die Elternbeiträge für Kitas abzuschaffen,
- die Ganztagschulen auszubauen und das Verhältnis zwischen Schulen und Familien zu verbessern,
- die kommunale Stadtplanung und Wohnumfeldgestaltung kind- und familien-gerechter umzusetzen sowie
- sich für eine familienbewusste Gestaltung des Aufenthaltsrechts einzusetzen.

Mangelnde Zeitsouveränität ist aber ein Phänomen, das Familien sehr unterschiedlich trifft, je nachdem, über welches ökonomische, soziale und kulturelle Kapital sie verfügen. Auch die jeweiligen Leitbilder und Orientierungen sowie die damit verbundenen Prioritätensetzungen innerhalb der Familien spielen eine große Rolle beim Umgang mit zeitlichen und anderen Ressourcen. Die aktuelle soziologische Forschung spricht in diesem Zusammenhang von unterschiedlichen sozialen Milieus.

Soziale Milieus bestehen aus drei Bausteinen, die alle gleichermaßen zu betrachten sind. Es handelt sich dabei um Lebensstil (Gewohnheiten, Routinen und Rituale: Verhalten), um die soziale Lage (Einkommen, Bildung und Beruf: sozialräumliche und objektiv materielle Lage) sowie um Werte (Kognitionen, Orientierungen, Interessen: subjektive Einstellungen). Milieus haben gegenüber dem klassischen Schichtmodell zwei entscheidende Vorteile. Sie zeigen, dass Milieus schichtübergreifend sein können und dass innerhalb einer Schicht mehrere Milieus existieren können.

Darüber hinaus müssen in einem Land wie Nordrhein-Westfalen die Verschiedenheit von städtischer und ländlicher Umgebung, die Diversität konkreter Lebens- und Sozialräume in die Analyse einbezogen werden.

Eine passgenaue Familienpolitik muss heute genau diese unterschiedlichen Kontexte von Familie in Rechnung stellen. Sie muss erkennen, dass Familien unterschiedlichen Milieus angehören und dort unterschiedliche Rahmenbedingungen vorfinden, dass Familienformen vielfältig sind und familiäre Geschlechterrollen sich verändern. Die Gestaltung von Rahmenbedingungen muss dies im Blick haben. Es müssen Ideen entwickelt werden, die den unterschiedlichsten Familien verlässliche Optionen zur Realisierung von gemeinsamer Lebenszeit geben.

Ziel der Enquetekommission

Die Enquetekommission hat das Ziel,

- eine milieuorientierte Analyse der Familien in Nordrhein-Westfalen zu erarbeiten, die entlang von sozialer Lage, Familienformen, Familienphasen und Geschlechterrollen sowie unter Einbeziehung von Gewohnheiten und Orientierungen die Zeitbudgets von Familien und ihre Nutzung nachzeichnet,
- die Erwartungen und Wünsche von Familien an die Gestaltung ihrer Zeit zu erfassen und ein ressortübergreifendes Gesamtkonzept „Politik für Familien in Nordrhein-Westfalen“ zu entwickeln, das darauf aufbauend das Zeitmanagement von Eltern und Kindern gleichermaßen einbezieht,
- dieses Gesamtkonzept auf die unterschiedlichen Akteure wie Wirtschaft, Gesellschaft, Schule, Kita, Landespolitik und Kommunalpolitik herunterzubrechen und dabei die zu erwartenden Wirkungen auf unterschiedliche Milieus zu beschreiben sowie verschiedene Möglichkeiten der Steuerung und – soweit möglich – Finanzierungsvorschläge zu entwickeln sowie
- der Landespolitik entsprechende Handlungsempfehlungen für den Aufbau einer zukünftigen Familienzeitpolitik – auch unter Berücksichtigung präventiver Ansätze – zu unterbreiten, bzw. Modellprojekte zu erarbeiten, die einer landesweiten Übertragung dienen können.

Fragestellung

Ausgangspunkt ist eine sorgfältige Bestandsaufnahme folgender Punkte:

- Analyse des bestehenden Zeitmanagements von Kindern und Familien,
- Analyse der Vorstellungen und Wünsche von Familien bezüglich frei verfügbarer Zeiten,
- Analyse der Lebenswelten und Milieus von Kindern und Jugendlichen und wie diese optimal gefördert werden können,
- Analyse von Zeitwünschen von Familien unterschiedlicher Familienformen und kultureller Hintergründe. Dabei sollten Alleinerziehende und Familien mit Migrationshintergrund besonders berücksichtigt und familiäre Wertvorstellungen einbezogen werden,

- Analyse der zeitlichen Restriktionen von Kindern, Jugendlichen und Eltern in unterschiedlichen Lebensphasen (Kinder im Kindergartenalter, im Grundschulalter, in der weiterführenden Schule),
- Analyse der Rolle von Mutter und Vater bei der Übernahme von Familienaufgaben und der Interaktion mit den Kindern
- Klärung der Bildungsbedeutung von Familie und der Wechselwirkung mit der Familienzeitpolitik.

Darauf aufbauend sollen folgende Fragestellungen geprüft werden:

Staatliche und kommunale Aufgaben

- Welche Infrastrukturangebote mit welchen Finanzierungsgrundlagen für eine erweiterte Familienzeitpolitik stehen im Bund, im Land und in der Kommune zur Verfügung?
- Welche bisherigen familienpolitischen Förderinstrumente auf Bundes- und Landesebene sind im Hinblick auf eine zukünftige Familienpolitik erfolgreich und welche sollten auf den Prüfstand gestellt werden?
- Welche weiteren Maßnahmen müssen vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Betroffenheit sozialer Milieus darüber hinaus ergriffen werden, auch um Familienzeit zu stärken? Welche spezifischen Maßnahmen können bei der Absicherung Alleinerziehender helfen? Welche spezifischen Maßnahmen können dabei helfen, Kinderarmut wirksam zu bekämpfen?
- Wie können Kommunen, Schulen, Träger der Jugendhilfe und Vereine bei der Ausgestaltung einer Ganztagsbetreuung im Kontext mit Sport-, Kultur- und Freizeitangeboten zusammenwirken?
- Wie kann die Rolle der Väter in der Familie gestärkt werden?
- Wie kann die Interaktion von Kindern, Jugendlichen und Eltern durch Frühe Hilfen, durch Angebote der Familienbildung, -beratung, von Kindertageseinrichtungen und Schulen positiv beeinflusst werden?
- Wie können Eltern, Kinder und Jugendliche angemessen an diesem Prozess beteiligt werden?

Arbeitsmarktpolitische Aufgaben

- Welchen Beitrag kann die Wirtschaft auch im Hinblick auf eine lebensbiografisch angelegte Personalpolitik leisten?
- Welche Maßnahmen tragen dazu bei, Arbeit so zu organisieren, dass mehr Zeit für Familie bleibt?
- Wie ist in diesem Zusammenhang die Wirksamkeit von Instrumenten wie Arbeitszeitkonten, Telearbeit, Zeitanparmodelle, 30/32 Stunden-Woche oder die Kompensation durch eine Lohnersatzleistung zu bewerten?

Betreuungs- und bildungspolitische Aufgaben

- Wie können Bildungs- und Betreuungseinrichtungen vor dem Hintergrund unterschiedlicher sozialer Milieus ihrem Auftrag zur Herstellung von Chancengleichheit besser gerecht werden?
- Wie lassen sich Freiräume, also selbstbestimmte Zeiträume und Orte für Familien, für Kinder und Jugendliche, für Erwachsene in der Familienphase organisieren und nachhaltig sichern?
- Welche Anforderungen müssen an Kindertagesstätten und Schule gestellt werden, um Familien optimal zu unterstützen? Welche Lehren lassen sich hierbei aus der Arbeit der mittlerweile fast dreitausend Kitas, die als Familienzentrum NRW zertifiziert sind, ziehen?
- Wie lassen sich verlässliche Kernzeiten in den Bildungs- und Betreuungseinrichtungen Kita und Schule festschreiben?
- Wie können für alle Altersstufen von Kindern und Jugendlichen gute Betreuungsmöglichkeiten weiter ausgebaut und gestaltet werden, die Kindern und Jugendlichen gerecht werden und zugleich die Vereinbarkeit von Beruf und Familie unterstützen?
- Welchen Beitrag können dazu schulische Ganztagsangebote leisten und wie müssen sie ausgestaltet werden?

Beschluss

Der Landtag setzt eine Enquetekommission nach § 61 der Geschäftsordnung des Landtags ein, in der die Fraktionen nach Maßgabe des § 61 Abs. 2 Geschäftsordnung vertreten sind.

Der Kommission werden für die Dauer ihrer Tätigkeit sowie für ihre angemessenen Vor- und Nacharbeiten je eine/ein Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter des höheren und des gehobenen Dienstes und eine Schreibkraft zur Verfügung gestellt.

Den Fraktionen werden die Kosten für eine Mitarbeiterin/einen Mitarbeiter des höheren Dienstes und die Kosten in halber Höhe für eine Schreibkraft erstattet und entsprechend technische Ausstattung und Büroräume zur Verfügung gestellt.

Wahlweise ist eine Abrechnung des tatsächlich entstehenden Personalaufwandes oder die Gewährung eines Pauschbetrages je angefangenen Monat der Tätigkeit der Kommission möglich.

Die Enquetekommission kann Expertinnen und Experten anhören, Forschungsaufträge erteilen und Studienfahrten bzw. Ortsbesichtigungen oder Projektforschungen durchführen. Die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen sind im Haushalt zu schaffen.

Norbert Römer
Marc Herter
Britta Altenkamp

und Fraktion